EESC info
European Economic and Social Committee
A bridge between Europe and organised civil society

July 2021 | DE

Podcast - Die lokale Sicht - S2, E3: Ein neues Narrativ für Europa

Ihr Browser unterstützt das Audioelement nicht.

Die COVID-19-Krise hat gezeigt, wie wichtig Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, den Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern der EU ist. Vor diesem Hintergrund sprechen wir darüber, warum die gerade gestartete Konferenz zur Zukunft Europas ein neuer und wichtiger Schritt beim gemeinsamen Nachdenken über unsere gemeinsame europäische Zukunft ist.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** erläutert das **neue Narrativ für Europa**, für das sich der EWSA als Beobachter im Exekutivausschuss der Zukunftskonferenz stark machen wird. Der Ausschuss will hierfür sein die gesamte organisierte Zivilgesellschaft umfassendes Netzwerk einspannen, damit möglichst viele Menschen zum Mitmachen angeregt werden.

Auch **Guy Verhofstadt**, MdEP, Mitglied des Exekutivausschusses der Zukunftskonferenz und ehemaliger belgischer Premierminister, der 2001 die Erklärung von Laeken vorgeschlagen hatte, die den Europäischen Konvent in Gang setzte, hebt hervor, dass sich Europa am Scheideweg befindet. Europa müsse seinen Weg in die Zukunft *gemeinsam* mit den Bürgerinnen und Bürgern planen.

Lorenzo Consoli, EU-Korrespondent und Experte für Europafragen, hat in 30 Jahren in Brüssel noch nie erlebt, dass die EU eine so ambitionierte EU-weite Übung in Demokratie angestrengt hat. (dm)

This page is also available in:

- ES
- BG
- CS
- DA

GRUSSWORT



Grußwort

Mit einer Prise Optimismus in den Sommer

Liebe Leserinnen und Leser!

Dieses Jahr starten wir mit sehr viel besseren Nachrichten in den Sommer als 2020. Bis Ende Juli dürften fast 70 % der Erwachsenen in der EU mindestens eine Impfdosis gegen COVID-19 erhalten haben. Reisen ist möglich, wenn auch immer noch kompliziert. Und die Auszahlungen im Rahmen von NextGenerationEU werden immer konkreter.

Im Juli wechselt traditionsgemäß der Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Diesmal ist Slowenien an der Reihe, und der EWSA freut sich auf eine enge Zusammenarbeit im nächsten Halbjahr. Wir werden Sondierungsstellungnahmen auf Ersuchen des Ratsvorsitzes erarbeiten, in denen wir uns mit Themen wie Erwachsenenbildung, inklusive Digitalisierung und faire Lebensmittelketten beschäftigen. Außerdem hoffen wir, dass die epidemiologische Lage einige

Präsenzveranstaltungen in Slowenien zulässt, um die Möglichkeiten des Networking optimal zu nutzen.

Wenngleich wir in den Startlöchern für die Sommerpause stehen, sind wir schon mitten in unserer Planung für den Herbst. Eine unserer Prioritäten ist unsere Beteiligung an der Konferenz zur Zukunft Europas. Im September werden unsere Going-local-Aktivitäten in allen EU-Mitgliedstaaten anlaufen. Unsere Mitglieder werden in Zusammenarbeit mit nationalen, regionalen und lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft eine Reihe von Debatten veranstalten. Ziel ist es, der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene zuzuhören und ihre Beiträge in ein neues Narrativ für Europa einzubringen. Wir freuen uns schon sehr auf diesen Austausch, der bestimmt viele neue Anregungen liefern wird.

Eine weitere Priorität für September wird die Überwachung der Umsetzung von NextGenerationEU sein. Dabei werden wir insbesondere die Aufbau- und Resilienzfazilität unter die Lupe nehmen. Unser riesiges Netz von Praktikern, die die Realität vor Ort in allen 27 Mitgliedstaaten genau kennen, wird hier eine Schlüsselrolle spielen. Wir möchten zu einer reibungslosen Anfangsphase des Fonds beitragen, indem wir auf Schwachstellen hinweisen sowie auf das, was gut läuft und wo nachgebessert werden könnte.

Aber vorher möchte ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen wunderschönen Sommer wünschen, mit viel Zeit für Ihre Familie und Freunde. Halten Sie die Corona-Regeln ein, tanken Sie Energie und genießen Sie die kleinen Freuden, die nach den langen Monaten der Pandemie allmählich wieder möglich sind.

Christa Schweng

Präsidentin des EWSA

BITTE VORMERKEN

13. Juli, Brüssel:

Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdebatte

22./23. September 2021, Brüssel:

Plenartagung des EWSA

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an ...“ äußern sich EWSA-Mitglieder zu einem aktuellen Thema, das uns besonders wichtig erscheint.
In der Juli-Ausgabe haben wir den Vorsitzenden der Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit Cristian Pîrvulescu gebeten, uns seine Überlegungen zum Recht auf freie Meinungsäußerung darzulegen.

Die Meinungsfreiheit ist ein Recht, das wir wertschätzen und verteidigen müssen.

Gewalt spielt in den sozialen Medien eine zunehmend größere Rolle. Dies kann zu verbaler oder physischer Gewalt gegen jedwede Art von Autorität – Politik, Polizei, Institutionen sowie Privatpersonen – führen. Man hat den Eindruck, dass in den sozialen Medien alles gesagt und alles, ob richtig oder falsch, gerechtfertigt werden kann. So kann ein Einzelner z. B. seine persönliche Unzufriedenheit als legitim empfinden und sich dadurch sogar berechtigt fühlen, den französischen Präsidenten zu ohrfeigen.

Sie sind Vorsitzender der Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit. Wo muss man angesichts dieser Vorfälle Ihrer Meinung nach eine rote Linie bei den Grund- und den persönlichen Freiheitsrechten ziehen, insbesondere beim Recht auf freie Meinungsäußerung?

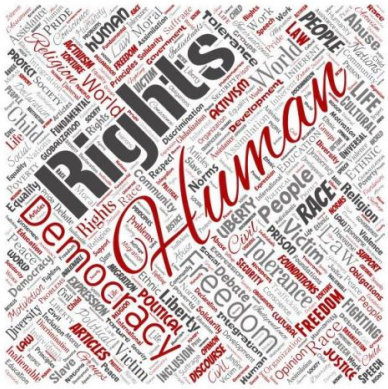
Cristian Pîrvulescu: Der Meinungsfreiheit kommt in unseren demokratischen Gesellschaften zentrale Bedeutung zu. Sie ist ein Grundrecht, ohne das die Demokratie nicht funktioniert. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass sich alle oder zumindest fast alle darauf berufen – selbst jene, die nicht immer die Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte für alle im Sinne haben.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird allerdings häufig falsch verstanden. Viele glauben, dass es sich dabei um ein absolutes Recht handelt, und führen dieses Argument an, um alle möglichen Entgleisungen zu rechtfertigen. Sprachliche Entgleisungen bereiten aber bisweilen den Boden für tätliche Gewalt, die inakzeptabel ist. Das hat sich bei einer Reihe tragischer Ereignisse in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, durch die die Frage der Regulierung der sozialen Medien in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte gerückt ist.

Juristisch gesehen sind die Behörden für die Wahrung der Rechte zuständig. Sie können das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken, jedoch nur im Ausnahmefall und unter strikt geregelten Bedingungen. In einer Demokratie sind derartige Maßnahmen nur im äußersten Bedarfsfall erlaubt, etwa bei einer Bedrohung der nationalen Sicherheit, für den Schutz vor einem Gewaltverbrechen oder auch den Gesundheitsschutz. In einem Rechtsstaat muss im Streitfall ein Gericht entscheiden und festlegen, wo die rote Linie zu ziehen ist. Weder die Exekutive noch Einzelpersonen oder Gruppen dürfen zu Selbstjustiz greifen!

Für die politische Führung ist natürlich die Versuchung groß, die Meinungsfreiheit einzuschränken, um Forderungen abzuwehren und Proteste der Bevölkerung zu verhindern. Im Zeitalter der sozialen Medien funktioniert althergebrachte Zensur jedoch schlicht nicht mehr. Daher ist in dieser Frage eine Verschiebung hin zum Pendant der Meinungsfreiheit, dem Recht auf Information, zu beobachten. Heutzutage ist es sehr schwierig, faktenbasierte Informationen von Desinformation zu unterscheiden, die mit bestimmten Absichten gezielt verbreitet wird.

Klar ist, dass die Verfechterinnen und Verfechter eines wahrheitsbasierten Ansatzes, also etwa beim Investigativjournalismus oder Menschenrechtsaktivismus, an vorderster Front stehen. Missfällt ihre Arbeit bestimmten Persönlichkeiten in führender Position oder auch bestimmten Gruppen, ist es heutzutage einfacher, sie im Internet zu verunglimpfen, sie in den klassischen bzw. sozialen Medien als Staatsfeinde oder ausländische Agenten darzustellen, anstatt sie zu zensieren. In diesem Zusammenhang denkt man sofort an die maltesische Journalistin Daphne Caruana Galizia. Vor ihrer Ermordung wurden gegen sie mehrere Dutzend missbräuchlicher Klagen (sogenannte Einschüchterungs- oder „SLAPP“-Klagen) angestrengt. Da sie damit nicht zum Schweigen gebracht werden konnte, beschlossen einige, sie zu töten! Die zunehmende Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten in Europa veranschaulicht glasklar, dass die Meinungsfreiheit ein Recht ist, das wir angesichts dieser neuen Realität wertschätzen und mit Nachdruck verteidigen müssen.



Förderung einer gemeinsamen Kultur der Grundrechte in Europa

von EWSA-Mitglied Cristian Pîrvulescu

Die Zeiten, in denen Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa als selbstverständlich betrachtet werden konnten, sind zweifellos vorbei. Es zeigt sich immer mehr, dass diese Werte proaktiv gegen bestimmte Entwicklungen verteidigt werden müssen: Populismus, Hetze, Angriffe auf Minderheiten, die Einengung des Raums für die Zivilgesellschaft und die Bestrebungen einiger Regierungen zur Machtkonzentration. Die vom EWSA eingesetzte Ad-hoc-Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit hat zum Ziel, eine Kultur der Grundrechte in Europa zu fördern.

In den letzten Jahren hatte unser Kontinent eine Reihe von Krisen zu bewältigen, durch die sämtliche in Artikel 2 des Vertrags verankerten Werte der EU infrage gestellt wurden. Seit der Jahrtausendwende standen und stehen die Europäerinnen und Europäer vor einer Vielzahl solcher Herausforderungen, namentlich der Finanzkrise von 2008 und der sich anschließenden drakonischen Sparmaßnahmen, der Zunahme von Sicherheitsbedrohungen und Terrorismus, der erheblichen humanitären Herausforderung aufgrund der verzweifelten Lage von Asylsuchenden und der größten Gesundheitskrise seit einem Jahrhundert.

Der EWSA konnte nicht einfach tatenlos zusehen. 2018 setzte er deshalb die **Ad-hoc-Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit (GGR)** ein. Diese Gruppe, der 21 Mitglieder angehören und deren Vorsitz ich von meinem Kollegen José Antonio Moreno Díaz übernehmen durfte, ermöglicht der Zivilgesellschaft einen Meinungsaustausch über die Entwicklungen in den Bereichen Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten.

Die GGR organisiert Länderbesuche in allen Mitgliedstaaten, wo sie mit Sozialpartnern und Vertretern der Organisationen der Zivilgesellschaft, der Rechtsberufe und Medien sowie der nationalen Behörden zusammenkommt. Auf der Grundlage ihrer Beiträge erstellt die GGR dann Berichte über die Situation in den einzelnen Ländern.

Dabei geht es grundsätzliche nicht darum, juristische Analysen zu bieten, sondern vielmehr einen konstruktiven Dialog zu Themen zu erleichtern, die mitunter polarisieren. Wir haben sehr positive Rückmeldungen von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen erhalten, denen zufolge die Berichte den Meinungsaustausch auf nationaler Ebene tatsächlich angeregt haben.

Ein weiteres wichtiges Ziel der GGR besteht darin, auf der Grundlage der Länderbesuche Tendenzen aufzuzeigen, die sich aktuell in Europa abzeichnen. Vor diesem Hintergrund veranstalteten wir im November 2019 unsere erste Konferenz, um das allgemeine Fazit des Synthesebericht über die ersten Länderbesuche zu präsentieren. Im November 2021 werden wir eine zweite Konferenz abhalten, in der Interessenträger die Berichte der Europäischen Kommission über die Rechtsstaatlichkeit erörtern können.

Mittelfristig beabsichtigen wir, ein umfassenderes zivilgesellschaftliches Forum zu entwickeln, das es allen relevanten Akteuren ermöglicht, an inklusiven und offenen Debatten über die Verteidigung der Werte der EU teilzunehmen. In einem Zwischenschritt werden wir bald eine neue Rubrik auf unserer Website einrichten, in der Interessenträger ihre Beiträge veröffentlichen können.

Die GGR möchte zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Kultur der Grundrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie beitragen. Über ihre Länderbesuche und Konferenzen hinaus hat die GGR der derzeitigen COVID-19-Pandemie besondere Aufmerksamkeit gewidmet, indem sie Anhörungen zu den Folgen der Krise und dem Wiederaufbau sowie zwei Initiativstellungnahmen auf den Weg gebracht hat. Darin werden die Auswirkungen und der Rechtsstaatlichkeitsaspekt der Aufbaumittel beleuchtet.

Im Allgemeinen besteht der wesentliche Mehrwert der GGR darin, dass sie zu einer wirtschaftlichen und sozialen Betrachtung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit beiträgt und ein Bündnis zwischen verschiedenartigen Organisationen, einschließlich der Sozialpartner, schafft. Unsere Stellungnahme zum Thema Rechtsstaatlichkeit und ihre Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum ist beispielhaft für diesen Ansatz und für das zunehmende Interesse der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer sowie der – in der EWSA-Gruppe Vielfalt Europa vertretenen – zivilgesellschaftlichen Kräfte an den einschlägigen Fragen. Die aktive Beteiligung aller Gruppen ist für die Arbeit der GGR von zentraler Bedeutung.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Unser Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir einen Überraschungsgast vor – eine Persönlichkeit, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement ein Vorbild ist. Für die Juli-Ausgabe von EWSA info haben wir Dr. Hans Henri Kluge, WHO-Regionaldirektor für Europa, und Johan Strid, Direktor von The Ocean Race Summits, eingeladen.

Dr. Hans Henri P. Kluge trat sein Amt als WHO-Regionaldirektor für Europa am 1. Februar 2020 nach seiner Nominierung durch das WHO-Regionalkomitee für Europa und seiner Ernennung durch den Exekutivrat der WHO an. Er verfügt über 25 Jahre Erfahrung in der medizinischen Praxis und im öffentlichen Gesundheitswesen, die er in einer Vielzahl von Umfeldern in aller Welt erworben hat.

Johan Strid nahm seine Tätigkeit als Direktor von The Ocean Race Summits im August 2020 auf. Vorher war er Generalsekretär des Schwedischen Behindertensportverbandes und des Schwedischen Paralympischen Komitees, und davor wiederum Generalsekretär der schwedischen Pfadfinderbewegung. Johan, der zivilgesellschaftlichem Engagement fest verhaftet ist, war im Vorstand des schwedischen Jugendrates, des schwedischen Roten Kreuzes und des schwedischen Zweigs von Ecpat. Er hat sich ferner als Unternehmer betätigt und mehrere Unternehmen gegründet. Auf europäischer Ebene war Johan Vorsitzender des Jugendbeirats des Europarates und Mitglied des Europäischen Regionalen Pfadfinderkomitees.



„Die Zukunft ist nicht in Stein gemeißelt, und der Verlauf der COVID-19-Pandemie liegt in unseren Händen“

Gespräch mit Dr. Hans Henri Kluge, WHO-Regionaldirektor für Europa.

Wie beurteilen Sie den Erfolg der Impfkampagne in Europa?

Die Zahl der weltweit verabreichten Impfungen gegen das Coronavirus seit dem 4. Februar 2021 übersteigt die Fallzahl bestätigter Coronainfektionen seit Ausbruch der Pandemie. In der Europäischen Region wurden bislang mehr als 477 Millionen Impfstoffdosen gegen das Coronavirus verabreicht (Stand: 17. Juni).

Es gibt also große Fortschritte: Die Zahlen der Krankenhauseinweisungen und Todesfälle gehen zurück, insbesondere in Ländern mit einer hohen Impfakzeptanz unter der älteren Erwachsenenbevölkerung. Das heißt nicht nur, dass die Impfung wirkt, sondern auch, dass die Strategie richtig ist, zuerst Menschen mit besonders hohem Risiko zu impfen, die von den globalen wie auch regionalen beratenden Ausschüssen befürwortet und in der Europäischen Region der WHO umgesetzt wurde – und dass so Leben gerettet und die Gesundheitssysteme entlastet werden und wir schnellstmöglich die akute Phase der Pandemie

überwinden können.

Die Impfungen tragen zwar wesentlich dazu bei, dass die Zahlen der Krankenhauseinweisungen und Todesfälle sinken, wir müssen aber dennoch weiter Vorsicht walten lassen, denn auch eine geimpfte Person kann sich noch infizieren und das Virus übertragen. Wir müssen an den bewährten gesundheitlichen und sozialen Maßnahmen festhalten und zusätzlich das Impftempo noch beschleunigen.

Besonders wichtig ist mir der Hinweis, dass die Zukunft nicht in Stein gemeißelt ist und der Verlauf der COVID-19-Pandemie in unseren Händen liegt und vom individuellen und gesamtgesellschaftlichen Verhalten abhängt.

Und wie sehen Sie die weltweite Lage?

Vor allem ist mehr Gerechtigkeit nötig. Die Impfstoffe verringern in den Ländern, die das Glück haben, über ausreichende Mengen zu verfügen, um ihre Bürgerinnen und Bürger mit besonders hohem Risiko zu impfen, die Zahl der schweren Krankheitsverläufe und Todesfälle. Zudem deuten erste Ergebnisse darauf hin, dass die Impfstoffe auch die Übertragung verlangsamen könnten. Die gravierende weltweite Ungleichheit beim Zugang zu Impfstoffen birgt eine der größten Gefahren für die Beendigung der Pandemie.

Bislang sind in nur 10 Ländern 77 % aller Impfdosen weltweit verabreicht worden. Wir müssen mehr dafür tun, dass die Impfstoffe gerecht auf Länder und Bevölkerungsgruppen verteilt werden.

Solidarität lautet die entscheidende Losung. Durch umfassende Solidarität und Unterstützung muss dafür gesorgt werden, dass niemand zurückgelassen wird. Wir müssen uns zum Ziel setzen, in jedem einzelnen Land zunächst die Risikogruppen und dann möglichst viele weitere Menschen zu impfen, so dass unser normales Leben wieder in greifbare Nähe rückt.

Auf der 74. Weltgesundheitsversammlung appellierte der Generaldirektor der WHO an die Mitgliedstaaten, massive Anstrengungen zu unterstützen, um bis September mindestens 10 % und bis Dezember mindestens 30 % der Bevölkerung jedes einzelnen Landes weltweit zu impfen. Als Weltgesundheitsgemeinschaft müssen wir alle an einem Strang ziehen.

Welche Lehren müssen wir ziehen, um künftig besser gerüstet zu sein?

Thema der 74. Weltgesundheitsversammlung vom 24. Mai bis 1. Juni war die Beendigung der aktuellen und Verhinderung der nächsten Pandemie. Letztlich ging es um einen groß angelegten, kollektiven Versuch, Lehren aus der Pandemie zu ziehen.

Die WHO hat mehrere Studien in Auftrag gegeben und Sachverständigengremien befragt, um der Weltgesundheitsgemeinschaft Orientierung zu geben und für Pandemien oder sonstige Gesundheitskrisen von internationaler Tragweite bessere kollektive Lösungsansätze zu entwickeln.

Aus sämtlichen Studien ergaben sich nachdrückliche und deutliche Empfehlungen zu einer künftig stärkeren Rolle der WHO bei der Bewältigung von Gesundheitskrisen. Nun müssen diese Empfehlungen in die Praxis umgesetzt werden – mit unserem gemeinsamen Ziel klar vor Augen, mehr Leben zu retten, den Verlust von Existenzgrundlagen zu verhindern und die Pandemie in gerechter Weise zu bekämpfen, ist das eine große Aufgabe, die umfassendes politisches und finanzielles Engagement erfordert.

Es gibt bereits Vorschläge für ein neues Pandemieübereinkommen zur Stärkung der Strukturen für Pandemievorsorge und -reaktion. Dieses Thema steht auf der Agenda einer Sondersitzung der

Weltgesundheitsversammlung im November.

In der Europäischen Region habe ich die Monti-Kommission einberufen, eine Paneuropäische Kommission für Gesundheit und nachhaltige Entwicklung, in deren Rahmen die politischen Prioritäten vor dem Hintergrund von Pandemien überdacht werden sollen. Diese Kommission wird sich aus ehemaligen Staats- und Regierungschefs, Wissenschaftlern und Ökonomen, Leitern von gesundheitlichen und sozialen Einrichtungen sowie Führungspersönlichkeiten aus Wirtschaft und Finanzinstitutionen zusammensetzen. Sie wird Lehren aus der Art und Weise ziehen, wie die Gesundheitssysteme verschiedener Länder auf die COVID-19-Pandemie reagiert haben, und Empfehlungen betreffend Investitionen und Reformen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Gesundheits- und Sozialsysteme abgeben.

Inwiefern unterstützt die EU die globalen und regionalen Anstrengungen im Kampf gegen COVID-19?

Die EU ist auf globaler Ebene einer der wichtigsten Partner der Vereinten Nationen.

Der EU-Beitrittsprozess ist ein wichtiger Treiber von Reformen und motiviert Regierungen zu legislativen und politischen Verbesserungen in zahlreichen Bereichen. Investitionspakte der EU werden sich als wichtiger Impulsgeber für verstärkte öffentliche und private Investitionen europäischer und internationaler Finanzinstitutionen im Westbalkan und in den Ländern der Östlichen Partnerschaft erweisen, u. a. im Gesundheitsbereich. Wir wissen es auch zu schätzen, dass die EU Mittel für Maßnahmen im Gesundheitsbereich in Drittländern bereitstellt, u. a. auch im Rahmen gemeinsamer Aktionen mit WHO/Europa.

Während dieser Pandemie bzw. in der Zeit danach bemüht sich WHO/Europa um den Aufbau von Bündnissen und die Aufstellung gemeinsamer Strategien der EU und der Vereinten Nationen, um den EU-Beitrittsprozess im Westbalkan voranzubringen und die Demokratie und Wirtschaft in der Nachbarschaft der EU zu fördern.

WHO/Europa ist bemüht, im Zuge ihrer Führungsrolle im Gesundheitsbereich strategische Partnerschaften und Zusammenarbeit als Eckpfeiler des Europäischen Arbeitsprogramms 2020–2025 für mehr Gesundheit in Europa und im Hinblick auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele bis 2030 aktiv zu koordinieren, zu unterstützen und zu dynamisieren.



„Jeder muss tun, was er kann, um den Planeten gesund zu erhalten“

von Johan Stind, Direktor von The Ocean Race Summits

„Warum will ein Veranstalter von Segelregatten wie The Ocean Race eigentlich bei neuen, verbesserten Maßnahmen gegen einige der drängendsten Probleme unseres blauen Planeten mithelfen?“ Diese Frage wird mir oft gestellt. Ich antworte dann, dass jeder tun muss, was er kann, um unseren Planeten gesund zu erhalten. Und wir kümmern uns eben um unseren Tummelplatz: den Ozean.

Wir haben einen Weltozean, aber die Art, wie er geschützt und geregelt wird, ist fragmentiert. Wenn man da noch die Auswirkungen des Klimawandels hinzunimmt, dann ist die Katastrophe für unsere Meeresumwelt quasi schon vorprogrammiert. Die Segler, die beim Ocean Race mitmachen, haben mehr von den Weltmeeren und der Verschlechterung ihres Zustands gesehen als die meisten Menschen auf der Erde. Wir brauchen dringend ein besseres System, in dessen Mittelpunkt die Zusammenarbeit steht.

Inspiriert von der bahnbrechenden Arbeit des EWSA ***„Für eine EU-Charta der Grundrechte der Natur“*** wollen wir prüfen, ob der Ozean besser geschützt und bewirtschaftet werden kann, wenn er selbst gesetzlich verankerte Rechte erhält.

The Ocean Race ist die wohl härteste Belastungsprobe einer Mannschaft im Sport überhaupt. Wir können uns auf die Entschlossenheit von Weltumseglern stützen, um die Notwendigkeit einer besseren globalen Meerespolitik anzusprechen. Wir sind keine staatliche Stelle, keine NGO, keine akademische Einrichtung und kein kommerzielles Unternehmen. Wir sind ein Sportwettbewerb. Dies macht uns zu einer unabhängigen, weitreichenden Plattform, auf der wir Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft zu einem Dialog über Lösungen für den Ozean zusammenbringen können. Genau deshalb veranstalten wir The Ocean Race Summits.

Bisher gab es elf solcher „Gipfeltreffen“. Das letzte war gerade erst am 16. Juni und nahm Europa in den Fokus. Zu den Teilnehmern gehörten Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen**, EWSA-Vizepräsident **Cillian Lohan** und **Virginijus Sinkevičius**, EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei.

Bis September 2023 werden wir weitere acht Summits an herausragenden Orten auf allen Erdteilen abhalten. Sie werden globale Akteure aus Politik, Wissenschaft, Industrie, NGO, Medien und Sport sowie leidenschaftliche Ozean-Aktivisten zusammenbringen, um Lösungen und Bekenntnisse zur Bewältigung der Probleme unserer Meere zu fördern. Wir nutzen innovative Arbeitsmethoden, die den Schwung, die Kompetenz und die Kreativität aller Teilnehmer unserer Action Labs zur Geltung bringen. Diese Reihe hochrangiger Veranstaltungen wird in einen Katalog von Vorschlägen zur Verbesserung der globalen Meerespolitik auf der Grundlage von Ozeanrechten münden.

Neben den Summits betreibt The Ocean Race auch ein preisgekröntes Nachhaltigkeitsprogramm, denn wir sehen es als unsere Pflicht an, die Nachhaltigkeit in das Zentrum unserer Tätigkeiten zu stellen und künftigen Generationen ein gutes Erbe zu hinterlassen. Unser Lernprogramm vermittelt Kindern und Jugendlichen auf anschauliche Weise, was sie für den Ozean tun können. Die wissenschaftlichen Geräte auf teilnehmenden Booten liefern wertvolle Daten. An unseren Etappenzielen ist Wegwerfplastik verboten, achten wir auf nachhaltige Lebensmittel und verfolgen wir eine verantwortungsbewusste Strategie für Treibhausgasemissionen, bei der wir zu 100 % auf erneuerbare Energien setzen.

Wir wollen der ganzen Welt zeigen, dass es nicht nur möglich ist, ein weltumspannendes Sportereignis auf nachhaltige Weise durchzuführen, sondern dass es vielmehr unmöglich ist, nicht nachhaltig zu sein.

Der EWSA ist ein sehr geschätzter Partner für uns. Sie vertreten die organisierte Zivilgesellschaft in Europa und Sie reden mit, wenn die EU Entscheidungen trifft. Ihre Institution ist ziemlich genau das, was wir mit den Ocean Race Summits erreichen wollen: ein Treffpunkt für alle Kräfte, die zu einem gesünderen Ozean beitragen wollen und an dem alle Bereiche der Weltgesellschaft teilhaben. Ich hoffe, dass wir gemeinsam darauf aufbauen können, was wir beim Ocean Race Summit Europe geschafft haben, nämlich zusammenarbeiten, damit Staaten, Unternehmen, NGO und Institutionen Verpflichtungen zugunsten des Ozeans eingehen. Das globale Netzwerk von Unternehmen, Gewerkschaften, Organisationen des EWSA und seiner Mitglieder ist eine sehr wertvolle Hilfe auf dem Weg zu einem gesunden Ozean. Ihre Arbeit an der

Charta der Grundrechte der Natur ist ein ausgezeichneter Ausgangspunkt für unsere weitere gemeinsame Arbeit.

Wir sind dankbar für die Zusammenarbeit mit dem EWSA und freuen uns auf unsere weiteren gemeinsamen Schritte zur Verwirklichung weltweit anerkannter Natur- und Ozeanrechte.



Herman van Rompuy: The old poet speaks gently

We are delighted to host a new selection of haikus by Herman Van Rompuy, former President of the European Council, as part of our series "The old poet speaks gently.

These haikus were originally written in French

Herman van Rompuy: The old poet speaks gently

***
Like every year the flowers
Are on their way to their appointment
More faithful than people

***
A vast forest
With spaces of shadow and light
Like life

***
Everywhere in the world
Poets sing of life and nature
This sharing makes peace



Herman van Rompuy: Le vieux poète parle doucement

Nous avons le plaisir de poursuivre la publication de la série de haïkus, sous le titre commun "Le vieux poète parle doucement", qui nous a été offerte par leur auteur Herman van Rompuy, ancien président du Conseil européen.

***
Comme chaque année les fleurs
Sont sur leur rendez-vous
Plus fidèles que les hommes

***

Une vaste foret
Aux espace d'ombre de lumière
Comme la vie

***

Partout dans le monde
Les poètes chantent la vie et la nature
Ce partage fait la paix

EWSA

Slowenien übernimmt EU-Ratsvorsitz in einer für Europa schwierigen Zeit

Am 1. Juli 2021 übernahm Slowenien den Vorsitz im Rat der Europäischen Union zu einem Zeitpunkt, an dem Europa alles daransetzt, erholt, besser aufgestellt und gestärkt aus der COVID-19-Pandemie hervorzugehen.

Der zweite Ratsvorsitz Sloweniens nach dem EU-Beitritt des Landes im Jahre 2004 steht unter dem Motto: „Gemeinsam. Widerstandsfähig. Europa.“ Drei Worte, die die Hauptprioritäten des Landes symbolisieren. Oder, um es in den Worten des slowenischen Ratsvorsitzes auszudrücken: „Zur Stärkung der Resilienz werden jetzt mehr denn je gegenseitiger Zusammenhalt, Zusammenarbeit und Solidarität aller zum Wohle jedes europäischen Bürgers von entscheidender Bedeutung sein.“

Das Programm des slowenischen Vorsitzes konzentriert sich auf vier Prioritäten:

- Stärkung der **Resilienz** der EU gegenüber Krisen aller Art, wie etwa der COVID-19-Pandemie. Die Arbeit des deutschen und portugiesischen Ratsvorsitzes zur Stärkung der Cyberresilienz der EU soll fortgesetzt werden;
- Management der wirtschaftlichen und sozialen **Erholung** nach der Pandemie und Erleichterung des Übergangs zu einer technisch fortschrittlichen und umweltfreundlichen Wirtschaftsform;
- Förderung der **Konferenz zur Zukunft Europas**, die ein zentraler Punkt auf dem **Strategischen Forum in Bled** Anfang September sein wird, zu dem ein breites Spektrum von Teilnehmern aus den verschiedenen europäischen Institutionen erwartet wird;
- Sicherung und Stärkung der europäischen Lebensart, wozu auch die **Achtung der Rechtsstaatlichkeit** gehört.

Durch diese Prioritäten will Slowenien zu einer verlässlichen und sicheren EU beitragen, die auch für ihre Nachbarschaft ein Sicherheits- und Stabilitätsanker sein kann. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem **Westbalkan** und einer glaubwürdigen Fortsetzung des EU-Erweiterungsprozesses. Im Oktober 2021 plant Slowenien die Ausrichtung des informellen **EU-Westbalkan-Gipfels.** Das für Ende September geplante **Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans des EWSA** wird mit spezifischen Empfehlungen der organisierten Zivilgesellschaft einen Beitrag zu diesem Gipfeltreffen leisten.

Der EWSA wird sicherstellen, dass die Stimme der organisierten Zivilgesellschaft über **fünf Sondierungsstellungnahmen**, um die der slowenische Ratsvorsitz ersucht hat, vernehmbar sein wird. In diesen Sondierungsstellungnahmen geht es um:

1. Erwachsenenbildung;
2. Schlüsselelemente nachhaltiger und hochwertiger Arbeit während und nach der Phase der Erholung;
3. Nutzung der wirtschaftlichen und sozialen Chancen der Digitalisierung und Verbesserung des digitalen Wandels der Wirtschaft, insbesondere in KMU – Schwerpunkt künstliche Intelligenz und Daten für den Menschen;
4. Weiterentwicklung einer inklusiven, sicheren und zuverlässigen Digitalisierung für alle;
5. Sicherung einer fairen Lebensmittelversorgungskette.

Der EWSA freut sich auf die Zusammenarbeit mit der Regierung Sloweniens bei gemeinsamen Initiativen und Veranstaltungen und wird den slowenischen Ratsvorsitz durch sein erweitertes Netz der europäischen organisierten Zivilgesellschaft unterstützen. Der Ausschuss begrüßt, dass er bereits zu den in Slowenien geplanten **Rundtischgesprächen zur Konferenz zur Zukunft Europas** und zum Strategischen Forum in Bled eingeladen worden ist.

Nähere Einzelheiten zu dem slowenischen Ratsvorsitz finden Sie hier.

https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/ (st)



Konferenz zur Zukunft Europas: EWSA-Konsultationen in allen Ecken Europas

Die Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Christa Schweng gab den Startschuss zu den offiziellen Tätigkeiten des Ausschusses im Zusammenhang mit der Konferenz zur Zukunft Europas (CoFoE) mit einer Live-Fragerunde. In der Veranstaltung #CoFoE – Das europäische Projekt wieder bei den Bürgerinnen und Bürgern verankern wurden die Standpunkte und Erwartungen der organisierten Zivilgesellschaft mit Blick auf die Konferenz dargelegt. Zudem wurde betont, wie wichtig es ist, mit Menschen außerhalb der Brüsseler Blase zusammenzuarbeiten, und ein Brainstorming zur Vorbereitung der bevorstehenden Bürgerkonsultationen abgehalten.

Wie EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** erklärte, wird der Ausschuss in allen Mitgliedstaaten Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit durchführen, damit alle Meinungen ausgewogen vertreten sind: „Wir

werden Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die gesamte organisierte Zivilgesellschaft einbeziehen und ihre Standpunkte auf der Konferenz zur Zukunft Europas darlegen.“ Außerdem verwies sie auf die kürzlich verabschiedete Entschließung des EWSA, in der ein neues Narrativ für Europa vorgeschlagen wird.

Laut Kommissionsvizepräsidentin **Dubravka Šuica** hat sich die Politik in der Europäischen Union verändert: „Zum ersten Mal stehen dank dieser Konferenz die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der europäischen Politikgestaltung. Über die Konferenz können Bürger und Zivilgesellschaft ihre künftige Europäische Union gemeinsam mitgestalten.“

MdEP **Eva Maydell** betonte: „Unser Job ist es, den Bürgern den Sinn der Konferenz zur Zukunft Europas zu verdeutlichen.“

Die Arbeiten des EWSA zu einem neuen Narrativ für Europa fanden unter Federführung der Vorsitzenden der drei Gruppen des Ausschusses statt: **Stefano Mallia** (Arbeitgeber)**, Oliver Röpke** (Arbeitnehmer) und **Séamus Boland** (Vielfalt Europa).

Cillian Lohan, Vizepräsident des EWSA für Kommunikation, schloss die Debatte mit der Ankündigung, dass die Konsultationen des EWSA zur Konferenz zur Zukunft Europas bis in alle Ecken Europas reichen und so umfassend wie möglich sein werden.

Die Schlussfolgerungen der Konferenz sollen bis Frühjahr 2022 vorliegen. Dann werden sich die EU-Institutionen mit dem, was die Bürger zu sagen hatten, auseinandersetzen.

Sehen Sie sich die Veranstaltung #CoFoE – Das europäische Projekt wieder bei den Bürgerinnen und Bürgern verankern auf dem Twitter-Konto des EWSA @EU_EESC oder auf Facebook an. (ks)



„Nur ein gerechter europäischer Grüner Deal hat eine Existenzberechtigung"

Auf der Juni-Plenartagung des EWSA kündigte Frans Timmermans Maßnahmen an, um die Schwächsten vor einer möglichen Ausweitung der Bepreisung von CO_2-Emissionen auf Heiz- und Kraftstoffe zu schützen. Bei dieser Gelegenheit erläuterte der Ausschuss, wie durch den sozialen Dialog der unternehmerische Entscheidungsprozess bezüglich des grünen Wandels verbessert werden könnte.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** begrüßte den Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission **Frans Timmermans** und erklärte: „Der Grüne Deal ist eine ehrgeizige Wachstumsstrategie mit dem Ziel, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen und wirtschaftliche Impulse zu geben. Allerdings sollten die sozialen, beschäftigungspolitischen, gesundheitlichen und Gerechtigkeitsaspekte gestärkt werden, um sicherzustellen, dass keine Person, keine Gemeinschaft, kein Arbeitnehmer, keine Branche und keine Region zurückgelassen wird."

Kommissar Timmermans betonte, dass die soziale Dimension des grünen Wandels das Hauptanliegen der Kommission ist, da durch die Pandemie die sozialen Unterschiede unverhältnismäßig verstärkt wurden. Er beschrieb die wichtigsten Elemente des für den 14. Juli vorgesehenen „Fit für 55“-Pakets.

Der Kommissar erklärte, dass mit dem Paket „die soziale Gerechtigkeit fest in den neuen Vorschlägen verankert“ wird, indem:

- die Last der klimapolitischen Maßnahmen gleichmäßig auf Unternehmen, Regierungen und Bürgerinnen und Bürger verteilt wird und
- ein sozialer Mechanismus eingeführt wird, der dazu beiträgt, die Auswirkungen von Maßnahmen – wie eine mögliche Ausweitung des Emissionshandels auf Heiz- und Kraftstoffe – auf die Schutzbedürftigsten abzufedern.

„Wir müssen sozial schwache Haushalte vor möglichen Preissteigerungen bei Heiz- und Kraftstoffen schützen, insbesondere in Regionen, in denen nicht unmittelbar saubere Optionen verfügbar sind“, so **Frans Timmermans**. „Wenn wir also den Emissionshandel auf diese Brennstoffe ausdehnen, müssen wir auch bei unserem Engagement für soziale Gerechtigkeit einen Schritt weiter gehen. Jeder Vorschlag zum Emissionshandel in diesen neuen Bereichen muss mit einem Vorschlag für die sozialen Auswirkungen einhergehen.“

In dieser Debatte erklärte der EWSA gegenüber dem Kommissar, wie ein sozialer Deal als Kernelement des Grünen Deals ausgestaltet werden könnte. Die vom Berichterstatter **Norbert Kluge** in der Stellungnahme Kein Grüner Deal ohne sozialen Deal unterbreiteten Vorschläge konzentrieren sich auf eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an unternehmerischen Entscheidungsprozessen und auf die soziale Verantwortung der Unternehmen.

„Wir sind überzeugt, dass durch die Berücksichtigung der *workers' voice* – der Stimme der Arbeitnehmer – wirtschaftliche Entscheidungen von Unternehmen bei der Umstellung auf ein ökologischeres Modell qualitativ verbessert werden können“, so **Norbert Kluge.**

Er fügte hinzu: „Durch die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer sowie ihre Vertretung in Leitungsorganen werden ein langfristiger Ansatz gefördert und die Qualität der Entscheidungsfindung im Rahmen einer Wirtschaftsreformagenda verbessert.“

In der Stellungnahme wird allerdings betont, dass ein sozialer Deal als wesentlicher Bestandteil eines Grünen Deals nicht nur im Zusammenhang mit „Arbeit“ steht: Es geht vielmehr um das Einkommen, die soziale Sicherheit und die finanzielle Unterstützung aller, die dies benötigen – auch derjenigen, die überhaupt keinen Zugang zu Beschäftigung haben. (dm)



Erholung und Wiederaufbau nach der Pandemie – Priorität für die Zukunft Europas!

Die wichtigsten Prioritäten der EU für die nahe Zukunft müssen darin bestehen, die europäische Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen, um einen nachhaltigen Wandel herbeizuführen und den Menschen und Unternehmen in Europa Wohlstand zu verschaffen. Dies ist die Kernaussage der *Entschließung zum Beitrag des EWSA zum Arbeitsprogramm 2022 der Europäischen Kommission* , die auf der EWSA-Plenartagung im Juni verabschiedet wurde.

„Erholung“ und „Wiederaufbau“ – so sollten nach der Pandemie die Schlagwörter lauten, heißt es in der Entschließung. Sowohl Investitionen als auch Reformen sollten genutzt werden, um die Wirtschafts- und Sozialkrise zu überwinden und die Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber künftigen Schocks auf der Grundlage eines inklusiven und nachhaltigen Wachstums, guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit zu stärken.

Folgende Aspekte sollten dabei die wichtigsten Säulen sein:

- Erschließung des vollen Potenzials des Binnenmarktes,
- Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele,
- Schaffung einer Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität bis spätestens 2050,
- verantwortungsvolles Regierungshandeln und demokratische Rechenschaftspflicht.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** erklärte im Zusammenhang mit der verabschiedeten Entschließung: *„Ich bin zuversichtlich, dass die Empfehlungen des EWSA, die wir nun lange im Voraus abgegeben haben, einen wertvollen Beitrag zum künftigen Arbeitsprogramm der Kommission leisten werden. Der Ausschuss ist nach wie vor fest entschlossen, die sechs Kernziele der Kommission zu unterstützen und seiner Rolle nachzukommen, indem er den Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft und mit den EU-Institutionen fördert, um die Ziele Wirklichkeit werden zu lassen.“*

Die **EWSA-Präsidentin** fügte hinzu, dass die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger über zivilgesellschaftliche Organisationen den Prozess des Wiederaufbaus und der Neugestaltung der Zukunft Europas auf eine wirklich demokratische Grundlage stellen würde: *„Ich zähle darauf, dass die Kommission die Vorschläge der europäischen organisierten Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung der Prioritäten für das nächste Jahr berücksichtigt.“*



Neue EU-Strategie zur Krebsbekämpfung verfügt über gewaltiges Potenzial zum Schutz der Gesundheit der Europäer

Da Krebs zur häufigsten Todesursache in der EU werden dürfte, ist Europas Plan gegen den Krebs hochaktuell. Der EWSA begrüßt den Plan als Meilenstein im Kampf gegen den Krebs. Noch ungelöste Probleme in Bezug auf regionale und soziale Ungleichheiten machen jedoch deutlich, dass durchaus Spielraum für

Verbesserungen besteht.

Der EWSA unterstützt ausdrücklich den neuen, mit 4 Milliarden Euro ausgestatteten Plan der Kommission für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung, der das erste Strategiedokument seit 1990 ist, in dessen Mittelpunkt die Beseitigung dieser üblen Erkrankung steht.

„Die EU braucht einen neuen Marshallplan für die Onkologie, und dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir dürfen diese Chance nicht ungenutzt lassen“, betonte **Małgorzata Anna Bogusz**, Berichterstatterin für die EWSA-Stellungnahme zu ***Europas Plan gegen den Krebs***.

„Der Plan ist gut konzipiert, denn er deckt viele wesentliche Aspekte der Krebsbekämpfung ab“, erklärte die Mitberichterstatterin **Milena Angelova**.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Morbidität und Sterblichkeit und der Art der Krebserkrankung, dem Wohnort der Patienten und sozialen Unterschieden. Das Hauptaugenmerk muss auf regionalen Unterschieden bei den Infrastrukturen und sozialen Ungleichgewichten in Bezug auf Beschäftigung und Geschlecht liegen.

Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten auf, proaktiv vorzugehen, und betont die Bedeutung einer wirksamen Prävention berufsbedingter Krebserkrankungen. Zudem fordert er, die Exposition gegenüber Karzinogenen, Mutagenen und endokrinen Disruptoren und die Ursachen für berufsbedingte Krebserkrankungen, insbesondere bei Frauen, noch weiter zu erforschen.

Schließlich werden in der Stellungnahme die wichtigen Aufgaben der Sozialpartner und der zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Sensibilisierung und Förderung von Kampagnen für eine gesundheitsbewusste Lebensweise hervorgehoben. (at)



Zivilgesellschaft fordert aktive Rolle bei der Verteidigung der EU-Werte

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat zugesagt, dass er sich weiterhin gemeinsam mit der Europäischen Kommission und anderen EU-Organen für die Verteidigung und Umsetzung der Grundwerte der EU – insbesondere Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Demokratie – einsetzen wird.

Auf seiner Plenartagung am 10. Juni forderte der EWSA in einer Debatte über europäische Werte mit EU-Justizkommissar **Didier Reynders** eine stärkere demokratische Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Bürgerinnen und Bürgern auf Unionsebene, um eine über die Teilnahme an Wahlen hinausgehende Mitwirkung sowie einen konstruktiven bürgerschaftlichen Dialog zu erreichen. Die Ausschussmitglieder wiesen insbesondere darauf hin, dass soziale und wirtschaftliche Rechte als

Grundrechte der EU anerkannt werden müssen.

Darüber hinaus erörterte und verabschiedete der EWSA Stellungnahmen zum Europäischen Aktionsplan für Demokratie und zur Neuen Strategie zur Umsetzung der Charta der Grundrechte, in denen er seine Unterstützung für die jüngsten Initiativen der Kommission zum Schutz der demokratischen Werte und Bürgerrechte in der EU zum Ausdruck bringt.

EWSA-Präsidentin Christa Schweng sagte dazu: „Die Werte der EU werden überall infrage gestellt und können nicht als selbstverständlich angesehen werden – auch nicht in Ländern mit langer demokratischer Tradition. Die Zivilgesellschaft hat hohe Erwartungen an die Reaktion der EU und möchte aktiv an nationalen und europäischen Debatten über die Verteidigung dieser Werte beteiligt werden."

Didier Reynders betonte in diesem Zusammenhang: „Viele der Probleme erfordern ein gesamtgesellschaftliches Vorgehen und eine internationale Zusammenarbeit im Zuge koordinierter Anstrengungen von Regierungen, Zivilgesellschaft, Forschenden und Faktenprüfern, Privatsektor, Medien und Bürgern. In dieser Hinsicht begrüße ich die fruchtbare Zusammenarbeit mit Ihrem Ausschuss."

In seiner Stellungnahme zur Strategie zur Umsetzung der Charta drängt der EWSA auf Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter einen Warnmechanismus zur Ermittlung und Meldung von Einschüchterung und Belästigung. Zudem fordert er eine stärkere Einbindung der Sozialpartner in die Förderung und Umsetzung der in der Charta verankerten Rechte.

In seiner Stellungnahme zum Europäischen Aktionsplan für Demokratie empfiehlt der EWSA der Kommission, in diesem Plan eine spezifische Säule für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner sowie die Förderung der Demokratie in der Arbeitswelt vorzusehen. Auch zeigt sich der EWSA enttäuscht, dass die große Bedeutung des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen im Aktionsplan nicht berücksichtigt wird, wenn es darum geht, Ungleichheiten abzubauen und die Europäerinnen und Europäer zu ermutigen, sich zu demokratischen Idealen zu bekennen. (ll)



Nur wenn die EBI mehr Wirkung zeigt, kann sie die Kluft zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern wieder schließen

Der 10. Tag der Europäischen Bürgerinitiative fand ausnahmsweise online und an zwei Tagen statt. EWSA-Präsidentin Christa Schweng, die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová und der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Pedro Silva Pereira bewerteten den Stand der Umsetzung dieses einzigartigen Instruments der partizipativen Demokratie.

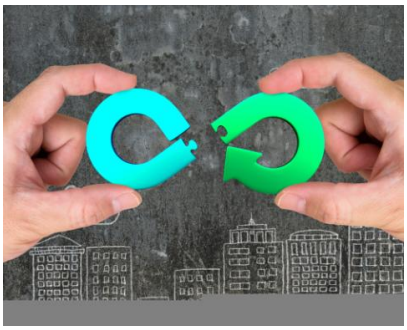
Frau Schweng betonte in ihren einleitenden Bemerkungen, entscheidend für jedes partizipative Verfahren sei dessen Wirkung: „Bleibt es ohne Wirkung, dann werden die Bürgerinnen und Bürger womöglich

enttäuscht, desinteressiert und frustriert. Nur wenn die EBI mehr Wirkung zeigt, kann sie ein entscheidendes Instrument werden, um die Kluft zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern wieder zu schließen."

Seit 2012 haben nur sechs Bürgerinitiativen die erforderliche Mindestschwelle an Unterschriften erreicht, zudem war ihre Wirkung recht begrenzt und setzte erst spät ein. Es gibt jedoch Grund zu Optimismus, denn 2021 traten die ersten beiden Rechtsakte in Kraft, die durch eine EBI angeregt wurden: die **Trinkwasserrichtlinie** als Reaktion auf die **Bürgerinitiative Right2Water** und die sogenannte **Transparenzverordnung** infolge der **Bürgerinitiative Verbot von Glyphosat.**

In ihrer Videobotschaft verwies **Frau Jourová** auf die Veränderungen und Verbesserungen durch die im Januar 2020 in Kraft getretene neue EBI-Verordnung. Sie betonte auch, dass die tatsächlichen Auswirkungen von EBI über den Erlass von Rechtsvorschriften hinausgehen: „Selbst Initiativen, die nicht die letzten formalen Verfahrensschritte erreichen, können vielfältige Auswirkungen haben. Sobald die Bürgerinnen und Bürger eine EBI starten, bringen sie das Thema, das ihnen am Herzen liegt, in die Öffentlichkeit. Hierdurch werden die Menschen sensibilisiert und Wirkungen erzielt."

Herr Silva Pereira erklärte, im Europäischen Parlament werde noch darüber beraten, wie die EBI bekannter gemacht und verbessert werden könnte: „Es muss auf jeden Fall gewährleistet sein, dass eine Bürgerinitiative, die bis zur letzten Phase gekommen ist, gewissenhaft geprüft und angemessen berücksichtigt wird." (na)



Eine kreislauforientierte Auftragsvergabe sollte für die Regierungen in den EU-Ländern verbindlich vorgeschrieben werden

Mit jährlichen Ausgaben in Höhe von rund 14 % des gesamten BIP der EU – 2 Billionen EUR – sind die Regierungen die größten Verbraucher in Europa. Die meisten Ausgaben entfallen auf die Vergabe öffentlicher Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge an Unternehmen.

In den letzten Jahren hat die EU erhebliche Anstrengungen unternommen, um die öffentlichen Stellen darin zu bestärken, nachhaltigeren Verbrauchsmustern zu folgen und über den kurzfristigen Bedarf hinaus auch die längerfristigen Auswirkungen jedes Einkaufs zu berücksichtigen.

2017 hat die Europäische Union Kriterien für eine umweltorientierte öffentliche Beschaffung mit einer schrittweisen Einführung von Elementen der Kreislaufwirtschaft vorgelegt, mit denen Energie- und Materialkreisläufe in Lieferketten geschlossen und negative Folgen für die Umwelt sowie Abfälle bestmöglich vermieden werden sollen.

Die Durchschlagskraft dieser Maßnahmen war jedoch nur begrenzt, da die Einhaltung der Kriterien auf Freiwilligkeit beruht. Der EWSA ist der Auffassung, dass es an der Zeit ist, **verbindliche Mindestkriterien für die umweltgerechte öffentliche Beschaffung** einzuführen und die Kreislaufwirtschaft durch Vergaberichtlinien und branchenspezifische Rechtsvorschriften in Schwung zu bringen.

Eine kreislauforientierte Beschaffung wird es den öffentlichen Auftraggebern erlauben, sich vom Kriterium des niedrigsten Preises zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe zu lösen.

„Die Vergabe von Aufträgen ist häufig umstritten, weil die Auswahlkriterien für Projekte allzu oft sehr einseitig sind, ohne dass der Lebenszyklus oder die Erfolge eines Projekts berücksichtigt werden“, so Herr **Wyckmans**. „Der Gedanke, dass der niedrigste Preis das einzige Zuschlagskriterium ist, sollte zugunsten eines Preis-Leistungs-Verhältnisses aufgegeben werden, das über den Preis hinaus Innovation, Qualität von Produkten und Dienstleistungen, Nachhaltigkeit, Ökologisierung und soziale Auswirkungen berücksichtigt.“

Die Europäische Kommission hat bereits eine Reihe von frei zugänglichen Instrumenten für die Lebenszykluskosten (LCC) entwickelt, mit denen die Auftraggeber Produkte und Dienstleistungen überprüfen können. Diese Instrumente ermöglichen es den Behörden, die Lebenszykluskosten des Produkts, der Arbeiten oder der Dienstleistung vom Kauf über Betrieb und Wartung bis zum Ende der Lebensdauer zu berücksichtigen. Nach Ansicht des EWSA sollten diese Instrumente nun um die Berücksichtigung der Kosten der CO_2-Emissionen erweitert werden.

Der EWSA hält es auch für wesentlich, dass **KMU** die Möglichkeit haben, an kreislauforientierten öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen, und dass sie hierfür die notwendige Hilfe erhalten. KMU haben ein enormes Potenzial, aber aufgrund der Komplexität des Verfahrens stehen sie in der Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten. Nur mit der erforderlichen Unterstützung können sie ihren Beitrag zu lokalen Ausschreibungen leisten, in denen der Mensch im Mittelpunkt steht. (dm)



Lohntransparenz: Verbindliche Maßnahmen sind notwendig, aber nicht hinreichend, um das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen wirklich abzubauen

Der EWSA begrüßt die Initiative der Kommission zur verbindlichen Lohntransparenz. Er hält jedoch eine Verschärfung der vorgeschlagenen Richtlinie in mehreren Bereichen für notwendig, und die eigentlichen Ursachen des geschlechtsspezifischen Lohngefälles müssten mit zusätzlichen Maßnahmen angegangen werden.

In seiner am 9. Juni verabschiedeten Stellungnahme begrüßt der EWSA den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über verbindliche Lohntransparenzmaßnahmen. Damit können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern leichter den Grundsatz des gleichen Entgelts durchsetzen, wenn sie der Ansicht sind, Opfer

einer Entgeltdiskriminierung geworden zu sein.

Allerdings ist der EWSA der Ansicht, dass die vorgeschlagene Richtlinie in verschiedener Hinsicht gestärkt werden sollte. Dies gilt insbesondere für die Kriterien zur Bestimmung des Wertes der Arbeit, den Umfang einiger Transparenzpflichten und die Rolle der Sozialpartner und Tarifverhandlungen.

Gleiches Entgelt und gleichwertige Arbeit

Der Grundsatz des gleichen Entgelts gilt für „Gruppen von Arbeitnehmern“, die dem Kommissionsvorschlag zufolge vom Arbeitgeber festzulegen sind. Aus Sicht des EWSA sind dafür unbedingt Mechanismen erforderlich, die sicherstellen, dass Gruppen von Arbeitnehmern auf geschlechtsneutrale Weise festgelegt werden, z. B. unter Mitwirkung von Gewerkschafts-/Arbeitnehmervertretern im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.

Zur Bewältigung struktureller Probleme als den eigentlichen Ursachen des geschlechtsspezifischen Lohngefälles sind weitere Maßnahmen notwendig, wie z. B. angemessene und zugängliche Kinderbetreuung, Initiativen zur Sensibilisierung für Lohnunterschiede, eine bessere Vertretung von Frauen in Entscheidungspositionen und die Beseitigung steuerlicher Negativanreize für die Beschäftigung von Frauen. Die vollständige Webstory finden Sie hier. (na)



Stärkung der internationalen Rolle des Euro als Schlüssel für ein stärkeres Europa in der Welt

Die EU muss zur Stärkung des Euro ehrgeizige wirtschaftliche Ziele setzen. Dies ist angesichts des raschen Wandels in der Weltwirtschaft und des derzeitigen Stands der EU in puncto Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Förderung eines investitionsfreundlichen Regelungsumfeldes noch wichtiger geworden.

Der EWSA begrüßt in einer auf der Plenartagung im Juni 2021 verabschiedeten Stellungnahme die Mitteilung der Europäischen Kommission zum Thema *Das europäische Wirtschafts- und Finanzsystem: Mehr Offenheit, Stärke und Resilienz*. Da sich das globale wirtschaftliche Kräftegleichgewichts durch den postpandemischen Wandel derzeit erheblich verschiebt, sollte die EU rasch handeln und ihre wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit stärken. Insbesondere ist der EWSA auch der Auffassung, dass die internationale Rolle des Euro als zentrales Instrument zur Aufwertung der globalen Position Europas gestärkt werden muss.

Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme war **Tomasz Wróblewski** (Gruppe I, Arbeitgeber). Seiner Ansicht nach sollte die Kommission stärker bei den Gründen für die Abschwächung der internationalen Rolle des Euro ansetzen. „Das globale Gewicht des Euro nimmt ab, aber nicht so schnell wie das des Dollars“, so Wróblewski. „Dessen unbeschadet wird die Position des Euro durch verschiedene Faktoren beeinträchtigt. An erster Stelle steht das Fehlen eines integrierten Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen. Ohne Vollendung der **Bankenunion** und der **Kapitalmarktunion** werden wir kaum mit dem Dollar konkurrieren können.“

Der EWSA empfiehlt auch, der rasch wachsenden Wirtschaft **Chinas** mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Er fordert einen Aktionsplan, der dieser Tatsache Rechnung trägt. Der chinesische Renminbi spielt im internationalen Handel und beim Clearing eine immer wichtigere Rolle. China arbeitet auch intensiv an seiner digitalen Währung und baut hier seinen Vorsprung gegenüber den meisten Teilen der Welt aus. Die EU muss rasch handeln, und der EWSA unterstützt die Vorschläge zur Einführung eines digitalen Euro. „In diesem Bereich“, so Wróblewski abschließend, „könnte Europa angesichts unseres Engagements für den Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre der Nutzer attraktivere Lösungen bieten.“ (na)



Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne: EWSA fordert echte Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft

Die Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft ist in den meisten EU-Ländern alles andere als zufriedenstellend, so der EWSA auf der Jahreskonferenz seiner Ad-hoc-Gruppe Europäisches Semester, die am 31. Mai per Videokonferenz stattfand.

Auf der Konferenz zum Thema Aufbau eines krisenfesten Europas – die Zivilgesellschaft und die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne sprachen Vertreterinnen und Vertreter von EU-Institutionen, nationalen Wirtschafts- und Sozialräten, Thinktanks und europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft. Drei Themen standen dabei im Mittelpunkt: Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, der gerechte Übergang zu einer grünen, digitalen und nachhaltigen europäischen Wirtschaft und die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte.

Zur Eröffnung der Debatte betonte Ausschusspräsidentin **Christa Schweng**, dass es darauf ankomme, dieser Krise auch neue Chancen abzugewinnen. Eine besondere Herausforderung bestehe darin, das Potenzial der Aufbau- und Resilienzfazilität erfolgreich auszuschöpfen: „Die meisten Mitgliedstaaten haben die organisierte Zivilgesellschaft nicht ausreichend oder zu spät konsultiert“, so Frau Schweng. „Die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne weichen in ihrer Qualität und ihrer Methodik stark voneinander ab und es stellt sich die Frage, ob sie den Bedürfnissen vor Ort wirklich gerecht werden.“

Tiziano Treu, Präsident des Italienischen Wirtschafts- und Sozialrates (CNEL), erklärte, dass die Aufgabe der Konferenz zur Zukunft Europas darin bestehe, eine neue, einfachere und wirksamere Form der europäischen Governance aufzuzeigen, die angemessene Regeln zur Gewährleistung der Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft umfassen müsse.

Der stellvertretende Vorsitzende der Ad-hoc Gruppe Europäisches Semester, **Luca Jahier,** führte aus: „Ein stärkeres bürgerschaftliches Element unter Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft und der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Zusammenschluss mit den nationalen Parlamenten ist ausschlaggebend, um die Reformprozesse und die Investitionen wirksam zu überwachen und für die erforderliche Einbeziehung der rechtmäßigen Interessenträger zu sorgen“. (na)



EWSA fordert inklusiven und fairen Übergang zu einem nachhaltigen Ernährungssystem

Als Beitrag zum Weltgipfel 2021 der Vereinten Nationen zu Ernährungssystemen veranstaltete der EWSA am 28. Mai eine Online-Anhörung. Es ging um die Schwachstellen und die Ungleichheit im europäischen Ernährungssystem und die Frage, wie die Versorgungskette fairer und gerechter gemacht werden könnte. Hochrangige Redner der UN, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments diskutierten darüber, welcher Veränderungen es bedarf, damit es bei der Umstellung auf nachhaltigere Lebensmittelsysteme mehr Gerechtigkeit, Fairness und einen rechtebasierten Ansatz gibt.

Die COVID-19-Pandemie ist ein Weckruf, der uns die Augen dafür geöffnet hat, dass sich etwas ändern muss. Die Landwirte und Arbeitskräfte im Ernährungssystem waren ganz unmittelbar von der COVID-19-Krise betroffen, haben aber dessen ungeachtet eine ununterbrochene Lebensmittelversorgung für alle Menschen in Europa sicherstellen können. Laut **Andreas Thurner**, Vorsitzender der Thematischen Studiengruppe Nachhaltige Lebensmittelsysteme im EWSA hat „uns diese Krise gezeigt, dass es längst keine Selbstverständlichkeit ist, dass unser Essen vom ‚Hof auf den Tisch' gelangt".

Der EWSA hat über die Jahre eine Reihe von Vorschlägen und spezifischen Ideen entwickelt, die zusammengefasst als fünf Empfehlungen auf dem Weltgipfel 2021 der Vereinten Nationen zu Ernährungssystemen vorgebracht werden könnten:

I. Unterstützung einer umfassenden und integrierten Ernährungspolitik

II. Förderung einer gesünderen und nachhaltigeren Ernährung

III. Faire Preise, Verbot unlauterer Handelspraktiken

IV. Maximale Ausschöpfung des Potentials kurzer Lebensmittelversorgungsketten und der Agrarökologie

V. Strukturierte Einbindung und Teilhabe der Zivilgesellschaft.



Die Ökologisierung des Verkehrs erfordert realistische Alternativen

Der EWSA unterstützt die Ökologisierung des Verkehrs, betont jedoch, dass die Energiewende gerecht sein und mit tragfähigen, realistischen Alternativen einhergehen muss, wobei den wirtschaftlichen und sozialen Besonderheiten und Bedürfnissen aller Teile Europas, auch des ländlichen Raums, Rechnung zu tragen ist.

So lautet der Tenor einer Stellungnahme von **Pierre Jean Coulon** und **Lidija Pavić-Rogošić**, die auf der Juni-Plenartagung des EWSA verabschiedet wurde. Bei seiner Evaluierung des Weißbuchs Verkehr aus dem Jahr 2011, das zum Ziel hat, die Abhängigkeit des Verkehrswesens vom Öl zu durchbrechen, ohne seine Effizienz zu opfern und die Mobilität einzuschränken, bezieht der EWSA eindeutig Stellung.

Eine Beschränkung von Verkehrsträgern ist keine Option, Komodalität sollte angestrebt werden und nicht eine Verlagerung auf andere Verkehrsträger. Zudem muss die Ökowende sozial gerecht sein und die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Transportsektors bewahren, auch durch die umfassende Umsetzung des europäischen Verkehrsraums als Teil des Binnenmarkts. Verzögerungen hierbei sind bedauerlich.

„Eine Einschränkung der Mobilität ist keine Option. Wir unterstützen alle Maßnahmen für mehr Energieeffizienz des Verkehrs und zur Reduzierung der Emissionen“, erklärte **Pierre Jean Coulon**. „Europa ist derzeit erheblichem Gegenwind ausgesetzt. Das darf uns jedoch nicht veranlassen, in Bezug auf die sozial- und umweltpolitischen Erwartungen verschiedener europäischer Initiativen unseren Kurs zu ändern.“

Der EWSA spricht sich ferner für einen offenen, kontinuierlichen und transparenten Meinungsaustausch über die Umsetzung des Weißbuchs aus. „Der EWSA weist darauf hin, dass die Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Interessenträger gesichert werden muss, auch durch einen partizipatorischen Dialog“, fügte **Lidija Pavić-Rogošić** hinzu. „Ein gutes Verständnis und eine breite Akzeptanz der Ziele der Strategie tragen erheblich zu ihrem Erfolg bei.“ (mp)



EWSA debattiert über die aktualisierte europäische Industriestrategie

Nach der Veröffentlichung der aktualisierten neuen Industriestrategie durch die Europäische Kommission debattierten der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und seine Beratende Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) am 17. Juni lebhaft über die Standpunkte der organisierten Zivilgesellschaft. In der Debatte – der ersten in einer Reihe gemeinsamer Aktivitäten der EWSA-Fachgruppen zu diesem Thema – wurde die Frage aufgeworfen, ob die

aktualisierte Strategie genug Elemente bietet, um die Resilienz und die strategische Autonomie der europäischen Industrie stärken zu können.

Die Kommission hat am 5. Mai 2021 die europäische Industriestrategie aktualisiert, um sicherzustellen, dass die industriepolitischen Ziele den neuen Gegebenheiten nach der COVID-19-Krise in vollem Umfang gerecht werden und die Umstellung auf eine wettbewerbsfähigere, digitale, resiliente und global wettbewerbsfähige Wirtschaft vorankommt.

Der CCMI-Vorsitzende **Pietro Francesco De Lotto**, der die Debatte leitete, meinte dazu: „Durch die COVID-19-Pandemie kamen viele bereits im Gang befindliche Prozesse erst so richtig ins Rollen. Die Beschleunigung der Digitalisierung von Gesellschaft und Industrie in den vergangenen 16 Monaten ist ohne Beispiel. Die Veränderungen, die wir erlebt haben, sind bahnbrechend: erst bei den Lieferketten, dann bei medizinischen Ausrüstungen und schließlich bei den Impfstoffen. ''

Alain Coheur, Vorsitzender der Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch und Ko-Sitzungsleiter, beschrieb den Kontext der zweiten Podiumsdiskussion: „Durch die Krise sind weitere Themen aufs Tapet gekommen, die in der ersten Mitteilung über die Industriestrategie vom März 2020 noch fehlten. Wir müssen diese Krise als Chance für die industrielle Autonomie Europas begreifen."

Antony Whelan, Berater von Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** in digitalen Angelegenheiten, stellte die Werkzeuge der Kommission vor, um die Abhängigkeit der EU zu messen: „Bei unserem Bottom-up-Ansatz haben wir eine sehr begrenzte Anzahl von Bereichen gefunden, in denen die EU insgesamt besorgniserregend abhängig ist."

Beginnend mit dem aktuellen Seminar vom 17. Juni wird der EWSA in sieben Webinaren eine Reihe von Debatten über die Industriestrategie führen. Eine Abschlussdebatte auf hoher Ebene ist für März 2022 geplant. (ks)



Transatlantische Partner sind entschlossen, ihren Worten Taten folgen zu lassen

Der Begleitausschuss Transatlantische Beziehungen des EWSA trat nur wenige Tage vor dem hochrangigen Gipfeltreffen EU-USA zusammen, um ein breites Spektrum von für die Zivilgesellschaft wichtigen Themen zu erörtern, vor allem Klimawandel und Handel.

„Zu allen Fragen kommen ermutigende Signale von beiden Seiten des Atlantiks", so **Christian Moos**, Vorsitzender des Begleitausschusses Transatlantische Beziehungen des EWSA.

David Livingston, leitender Berater des Sondergesandten des Präsidenten für das Klima, John Kerry, bestätigt, dass die derzeitige Regierung nun fest entschlossen sei, die Ziele des Übereinkommens von Paris

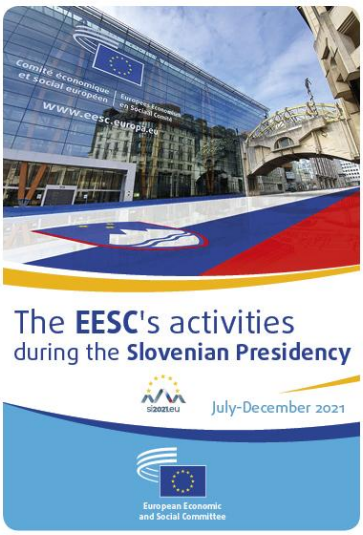
zu erreichen und noch über sie hinauszugehen: „Es geht nicht, dass Länder von zentraler Bedeutung das Jahr 2021 einfach verstreichen lassen, ohne ihre national festgelegten Beiträge, die den wesentlichen Bestandteil des Übereinkommens von Paris ausmachen, gründlich zu aktualisieren."

„Die aktive zivilgesellschaftliche Beteiligung in den USA hat es, trotz des fehlenden Engagements der vorherigen Regierung, möglich gemacht, gemeinsam mit der EU und anderen Ländern die gesetzten Ziele weiterzuverfolgen", so **Elina Bardram** von der Generaldirektion Klimapolitik (GD CLIMA) der Europäischen Kommission.

Emilie Bel vom Atlantic Council betonte, dass die Europäer für eine positive Handelsagenda bereit seien, aber auf einer ausgewogenen Grundlage.

Marjorie Chorlins von der US-Handelskammer bestätigt, dass die USA und Europa trotz der transatlantischen politischen Turbulenzen und der durch COVID-19 verursachten Rezession die wichtigsten Märkte für den jeweils anderen Partner blieben. Aus dem kürzlich veröffentlichten Bericht über die transatlantische Wirtschaft *Transatlantic Economy 2021* geht hervor, dass auf die beiden Partner ein wesentlicher Teil des globalen Konsums und des weltweiten BIP entfällt.

Tanja Buzek, Vorsitzende des Begleitausschusses Internationaler Handel des EWSA, betont, wie wichtig es für eine transparente Handelspolitik sei, die Zivilgesellschaft einzubeziehen. Außerdem unterstreicht sie mit Blick auf die Reform der WTO die Notwendigkeit starker Koalitionen. (at)



Neue Broschüre: Die Tätigkeiten des EWSA während des slowenischen EU-Ratsvorsitzes (Juli–Dezember 2021)

Im zweiten Halbjahr 2021 wird Slowenien zum zweiten Mal den Vorsitz im Rat der EU führen. Auch dieses Mal ist es wieder ein kritischer Zeitpunkt für Europa.

Im Jahr 2008 war die EU mit der Finanzkrise konfrontiert – heute kämpft sie mit den sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie. Daher ist es nicht überraschend, dass die Krisenvorsorge und -resilienz der EU, insbesondere im Gesundheitsbereich, neben anderen strategischen Herausforderungen wie der Cybersicherheit zu den obersten Prioritäten des slowenischen Ratsvorsitzes gehört. Zudem müssen ein Großteil der Vorhaben im Zusammenhang mit der Konferenz zur Zukunft Europas während des slowenischen Vorsitzes umgesetzt werden.

Der EWSA sieht einer engen Zusammenarbeit mit dem slowenischen Ratsvorsitz erwartungsvoll entgegen, zumal sich unsere Prioritäten decken: der Wiederaufbau, eine gerechte Ökowende und Digitalisierung sowie die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit stehen auch im Mittelpunkt der Arbeiten des Ausschusses.

Diese Broschüre ist auf dem EWSA-Internetportal auf Deutsch, Englisch, Französisch und Slowenisch verfügbar. Papierfassungen können unter vipcese@eesc.europa.eu angefordert werden.

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Webinar der Gruppe Arbeitgeber zum Thema Digitalisierung: Wir brauchen ein digitales Gesetz für den ländlichen Raum

von der Gruppe Arbeitgeber

Als Folgemaßnahme zu den gerade auf der Juni-Plenartagung verabschiedeten EWSA-Stellungnahmen zum „Gesetz über digitale Märkte“ und zum „Gesetz über digitale Dienste“ veranstaltete die Gruppe Arbeitgeber am 14. Juni ein Webinar zu den Herausforderungen des digitalen Wandels und der neuen Wirtschaft in der EU.

Die Digitalisierung verändert die Gesellschaft und die Wirtschaftssysteme. Digitale Dienstleistungen halten immer mehr Einzug in die europäische Wirtschaft und prägen Europas digitale Zukunft – ein Trend, der sich durch die COVID-10-Krise noch beschleunigt hat. Die Europäische Kommission hat insbesondere verschiedene Initiativen zur Förderung der digitalen Souveränität Europas auf den Weg gebracht. Es geht dabei darum, Sicherheit, Gerechtigkeit, Offenheit und Verantwortung im Online-Umfeld für die Bürger sicherzustellen und das Potenzial des digitalen Binnenmarkts zu erschließen.

Die Fortschritte bei der Digitalisierung sind innerhalb der EU jedoch weiter uneinheitlich. Viele ländliche und entlegene Gemeinden, die aktiv nach neuen Chancen auf dem Gebiet der digitalen Dienstleistungen suchen, um ihre Wirtschaft anzukurbeln, sind mit Hürden wie unzureichender Infrastruktur und fehlenden Kompetenzen konfrontiert.

Dieses Problem stand im Mittelpunkt des Webinars, das auf Einladung der portugiesischen Delegation in der Gruppe Arbeitgeber des EWSA im Rahmen des portugiesischen Ratsvorsitzes stattfand. Die Veranstaltung war ein Beitrag zu der Debatte, wie die Gesetze über digitale Märkte und digitale Dienste zweckdienlich gestaltet werden können, und soll in das Gesetzgebungsverfahren einfließen.

Die Redner und Teilnehmer stellten einvernehmlich fest, dass die digitale Kluft zwischen Stadt oder Land durch den Auf- und Ausbau des Glasfaser- und 5G-Netzes in Städten wie in ländlichen Gebieten geschlossen werden muss, und forderten ein digitales Gesetz für den ländlichen Raum.

Im Hinblick auf die digitale Infrastruktur unterstrichen die europäischen Arbeitgeber den Kompetenzbedarf. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn alle Bürgerinnen und Bürger in Europa über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen und ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind. Die Arbeitgeber betonten, dass die EU und die Mitgliedstaaten die nationalen Aufbaupläne und alle bestehenden Finanzierungsinstrumente (Programms „Digitales Europa“, InvestEU, Struktur- und Kohäsionsfonds)

umfassend nutzen müssen, um die DIGITALE Union zu verwirklichen.

Die Redner betonten auch, dass die europäischen Unternehmen nur dann in der Europäischen Union expandieren können, wenn eine weitere Fragmentierung des digitalen Binnenmarkts verhindert wird. Dank harmonisierter Rechtsvorschriften werden die europäischen Unternehmen nicht mit 27 verschiedenen Rechtssystemen zu kämpfen haben. Vielmehr können sie auf Rechtssicherheit, Vorhersehbarkeit und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle bauen. Dies gilt insbesondere für KMU, die die überwiegende Mehrheit der digitalen Plattformen bilden.

Neben einem voll entwickelten digitalen Binnenmarkt unterstützten die Arbeitgeber in der EU nachdrücklich das zentrale Ziel, die digitale Souveränität Europas wiederherzustellen und dabei gleichzeitig für den Freihandel offen zu bleiben und das multilaterale System zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund begrüßten sie das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte als einen Schritt der EU zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Online-Dienste im Einklang mit europäischen Werten und Standards.

Will die EU auf geopolitischer Ebene digital wirklich gut aufgestellt sein, muss sie ihre Regelungsbefugnisse und ihre gewachsenen industriellen und technologischen Kapazitäten in die Waagschale werfen, um das europäische Digitalisierungsmodell voranzubringen und das globale Umfeld mitzugestalten.

Mehr über die Veranstaltung und die dort formulierten Empfehlungen erfahren Sie hier.



Geschlechtsspezifisches Lohngefälle darf nicht erst 2104 Geschichte sein!

von der Gruppe Arbeitnehmer

Im Durchschnitt verdienen Frauen in Europa 14 % weniger als Männer. In einigen Ländern sind allmähliche Verbesserungen zu erkennen, in anderen verschlechtert sich die Lage hingegen weiter. Es wird davon ausgegangen, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle in der Europäischen Union generell bis zum 22. Jahrhundert beseitigt werden kann, aber z. B. in Frankreich dürfte es bis dahin noch weitere 1 000 Jahre dauern.

Die Gründe für das Lohngefälle sind vielfältig: sektorale Segregation (sehr viel mehr Frauen als Männer arbeiten im Niedriglohnsektor), Nicht-Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben (Frauen leisten mehr unbezahlte Arbeit zu Hause), die gläserne Decke (weniger als 10 % der Vorstände und Aufsichtsräte sind weiblich) sowie schlicht Diskriminierung trotz der entsprechenden Antidiskriminierungsvorschriften.

Um das Problem des geschlechtsspezifischen Lohngefälles anzugehen und der Lohndiskriminierung ein Ende zu bereiten, hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Lohntransparenz vorgelegt, in dem auch Durchsetzungsmechanismen vorgesehen sind, mit deren Hilfe die Wahrung des Grundsatzes des gleichen

Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit besser gewährleistet werden soll. Der Vorschlag stützt sich auf das Grundprinzip **verbindlicher Maßnahmen zur Transparenz von Löhnen und Gehältern** und soll auch den Zugang zur Justiz verbessern.

Auch wenn Lohntransparenz keineswegs das einzige Instrument zur Bekämpfung von Entgeltdiskriminierung ist, kommt dem Aufzeigen von geschlechtsspezifisch diskriminierenden Strukturen eine Schlüsselrolle bei der Beseitigung von Lohnunterschieden zu.

Der EWSA hat in seiner Stellungnahme Empfehlungen zur Verbesserung des ursprünglichen Kommissionsvorschlags ausgesprochen. Unter anderem fordert er darin, die Richtlinie dadurch zu stärken, dass der Anspruch auf Lohntransparenz nicht nur den Beschäftigten großer Unternehmen, sondern allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingeräumt wird. Der Erfolg dieser Maßnahmen wird entscheidend vom engagierten Beitrag der Sozialpartner abhängen.

Entgeltgerechtigkeit zu sichern und die Lohndiskriminierung zu beseitigen, zählt zu den wichtigsten Zielen des Schutzes der Grundrechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa.



Medienfreiheit ist nicht selbstverständlich, sondern muss aktiv verteidigt werden

Von Elena-Alexandra CALISTRU, Mitglied der Gruppe Vielfalt Europa im EWSA

Nur an wenigen Orten auf Welt hat die Wahrung der Freiheit und Unabhängigkeit der Medien eine so lange Tradition wie in Europa. Das Aufkommen digitaler Plattformen, der illiberale Hang zur Sperrung des Zugangs zu Informationen, die wachsende Bedrohungslage für investigative Journalisten und die COVID-19-Krise üben jedoch auf unterschiedliche Weise, aber zeitgleich Druck auf das Ökosystem aus, das notwendig ist, damit vollkommen freie Medien existieren und ihre demokratische Rolle ausüben können.

Der EWSA hat vor Kurzem eine **Stellungnahme** zur Mitteilung der Kommission **Europas Medien in der digitalen Dekade: Ein Aktionsplan zur Unterstützung der Erholung und des Wandels** verabschiedet. **Darin begrüßt er insbesondere die Feststellung der Kommission, dass die Kombination aus den vorgenannten Tendenzen und der COVID-19-Krise ohne entschlossene politische und finanzielle Unterstützungsmaßnahmen die Widerstandsfähigkeit der europäischen Medienbranche und ihre demokratische Rolle untergraben könnte.**

Die in der Mitteilung vorgeschlagenen Instrumente umfassen eine breite Palette von Maßnahmen zur Beschleunigung der Erholung und Umgestaltung der Medienbranche und zur Erhöhung ihrer Resilienz. In dieser Hinsicht sind Schritte erforderlich, um die strukturellen Herausforderungen für die Branche zu bewältigen und günstige Rahmenbedingungen zu fördern, unter denen die Medien und die Zivilgesellschaft an einer offenen Debatte teilnehmen können, die frei von böswilliger Einflussnahme und Desinformation ist.

Es gilt allerdings eine Reihe wichtiger Aspekte zu berücksichtigen, damit die EU der bestmögliche Ort für die Medienfreiheit bleiben kann.

Zum ersten sollten die Maßnahmen mit den sozialen Gegebenheiten, auf die die Diskrepanzen in der Medienlandschaft und im audiovisuellen Sektor in den einzelnen Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, sowie den unterschiedlichen Kapazitäten und Erfordernissen der lokalen und nationalen Medien im Einklang stehen. Die finanzielle Unterstützung muss daher transparent, zugänglich und inklusiv sein, insbesondere im Hinblick auf lokale Unternehmen und Start-ups im Medienbereich. Zum zweiten muss die Zivilgesellschaft zu einem Partner bei der angestrebten Stärkung der Bürgerinnen und Bürger, der Förderung der Medienfreiheit und der Bekämpfung der Desinformation durch Medienkompetenz werden.

Im Interesse eines erfolgreichen EU-Medien-Aktionsplans müssen alle beteiligten Akteure ihren Beitrag leisten, damit die Bedeutung der Medien für unsere demokratischen Werte Anerkennung findet.

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



ESMA-Museum und Gedenkstätte in Argentinien: Ein Symbol für Menschenrechte

Die Gruppe Arbeitnehmer stellte die Kampagne für die Aufnahme des ESMA-Museums und der zugehörigen Gedenkstätte in Argentinien in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes vor.

Das ESMA-Museum und die zugehörige Gedenkstätte in Argentinien befinden sich in einem Geheimgefängnis, Folterzentrum und Vernichtungslager aus der Zeit der argentinischen Diktatur (1976–1983). Das Museum und die Gedenkstätte sind ein Symbol der argentinischen Geschichte und zugleich eine Einrichtung von internationaler Bedeutung, da sie einmal mehr von Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zeugen, die niemals vergessen werden dürfen.

Die Kampagne für die Anerkennung des Museums und der Gedenkstätte als UNESCO-Weltkulturerbe wird von Menschenrechtsorganisationen, den Gewerkschaften des Mercosur und der argentinischen Botschaft bei der Europäischen Union unterstützt.

Die Veranstaltung fand am 30. Juni per Videokonferenz statt und wurde per Webstream auf der Internetseite des EWSA und auf seinen Social-Media-Kanälen übertragen. Weitere Informationen finden Sie hier. (ck)



Ein Jahrzehnt des Klimawandels auf Fotos von Ciril Jazbec

Zum Auftakt des slowenischen Vorsitzes im Rat der EU zeigt der EWSA eine Online-Ausstellung des slowenischen Fotografen Ciril Jazbec, Preisträger des Leica Oskar Barnack Award und des World Press Photo Award 2021.

Die virtuelle Fotoausstellung „Ein Jahrzehnt des Klimawandels“ zeigt eine Reihe von 25 Bildern, die Teil des langfristigen Projekts „Klimaresilienz“ des Künstlers sind.

Die offizielle Eröffnung findet voraussichtlich am 8. Juli statt und wird in Verbindung mit einem „Live Art Talk“ per Web-Stream auf Facebook übertragen. An dieser Veranstaltung, die vom für Kommunikation zuständigen Vizepräsidenten **Cillian Lohan** moderiert wird, nehmen auch Botschafterin **Tamara Weingerl Požar**, stellvertretende Ständige Vertreterin Sloweniens bei der EU, **Neža Repanšek**, slowenisches EWSA-Mitglied, und der Künstler persönlich teil.

Die Online-Ausstellung ist vom 5. bis zum 30. Juli 2021 zu sehen. Besuchen Sie sie hier. (ck)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Aude Francois (af)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Fabiola Giraldo Restrepo (fgr)
Jasmin Kloetzing (jk)
June Bedaton (jb)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Magdalena Walczak Jarosz (mwj)
Nicola Accardo (na)
Pablo Ribera Paya (prp)
Sveto Trajkovski (st)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

07/2021